Ressort: News

Jugendämter fordern mehr Personal für Flüchtlingskinder

Berlin, 28.09.2015, 07:59 Uhr

GDN - Wegen der steigenden Zahl unbegleiteter Flüchtlingskinder fordern die Jugendämter möglichst bald mehr Personal. In einem Gespräch mit der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Montag) sagte die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter, Birgit Zeller: "Wir brauchen schnell mehr Personal in den Jugendämtern, damit diese der anspruchsvollen Aufgabe der Betreuung gerecht werden können, ohne die übrigen Tätigkeiten vernachlässigen zu müssen."

Neue Mitarbeiter müssten beschleunigt und unbürokratisch eingestellt werden. In diesem Jahr kommen nach Schätzungen der Jugendämter bis zu 30.000 minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in Deutschland an. Die meisten von ihnen seien 16- bis 18-Jährige. Die beste Möglichkeit sei die Unterbringung in Heimen, sagte Zeller. Angesichts der steigenden Zahl werde aber verstärkt über die Aufnahme in Pflegefamilien nachgedacht. Diese Gasteltern bräuchten auf jeden Fall professionelle Begleitung. Sie müssten zudem bereit sein, sich auf junge Menschen einzustellen, die nach schlimmen Erlebnissen in ihrem Herkunftsland oder nach der Flucht traumatisiert seien. "Sie haben einerseits eine hohe Selbstständigkeit, andererseits einen hohen Bedarf an Unterstützung und Betreuung", erklärte Zeller. "Pflegeeltern müssen viel aushalten, dürfen aber nicht unbedingt erwarten, mit Dankbarkeit belohnt zu werden." Diese Form der Hilfe sei ganz anders als bei der Erziehung von Kleinkindern, die sonst in Pflegefamilien geleistet werde. "Das ist im Moment ein großes Experimentierfeld, wo man neue Formen der Entwicklung und Unterstützung erproben kann", sagte die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter. Bisher sind für die unbegleiteten Flüchtlingskinder die Jugendämter derjenigen Kommunen zuständig, in denen die jungen Schutzsuchenden ankommen. Die Bundesregierung plant, sie künftig wie erwachsene Asylbewerber nach einem bestimmten Schlüssel auf die Bundesländer zu verteilen. Beim Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt hatte der Bund den Ländern unter anderem 350 Millionen Euro für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge zugesagt.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-60905/jugendaemter-fordern-mehr-personal-fuer-fluechtlingskinder.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619